

Berliner Tageblatt



Nr. 326

und Handels-Zeitung

Dienstag, 13. Juli 1926

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die neuen Entwaffnungsnoten.

Der Vorstoß gegen Seeldt.

Eine Aktion der Fochschen Kommission. — Die Indistretion der Reichsblätter. — Der Inhalt der Noten.

Die interalliierte Militärkontrollkommission, von der man lange nichts gehört hat, hat es für nötig gehalten, ein Zeichen zu geben, daß sie noch lebt. Am 2. und 3. Juli hat sie dem Reichskommissar für die Entwaffnung, General v. Pawels, gleich sechs Noten übersandt, die sich mit den verschiedensten Dingen befassen. Von der Existenz dieser Noten hat die Öffentlichkeit erst gestern durch angebliche Telegramme der „Deutschen Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ aus Paris und Brüssel erfahren. Nun hat die „Deutsche Zeitung“ keinen Korrespondenten in Paris und die „Deutsche Tageszeitung“ keinen Korrespondenten in Brüssel. Es liegt also eine Mystifikation vor, und die Quelle der beiden Reichsblätter riecht ziemlich verdächtig in Berlin. Aber das macht die Angelegenheit nur mysteriöser, denn durch die Indistretion wurde die Existenz dieser Noten nicht nur der breitesten Öffentlichkeit, sondern auch einer Reihe von Männern bekannt, deren amtliche Stellung verlangt hätte, daß sie früher darum mühten. Es ist Tatsache, daß sowohl der Reichswehrminister Dr. Geßler wie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Schubert, und schließlich auch der auf Urlaub in Nordern weisende Generaloberst v. Seeldt, mit dem sich die wichtigsten der Noten besonders beschäftigt, von den Noten nichts gewußt haben. Der Entwaffnungskommissar hat die Noten nach Empfang vorläufigmäßig an das Auswärtige Amt, an das Reichswehrministerium und an die Reichsfinanzleitung weitergeleitet. Die zuständigen Referenten beschloßen, die Behandlung bis zur Rückkehr des Generals v. Seeldt aufzuschieben und bis dahin Stillschweigen darüber zu bewahren. Erst gestern früh wurden die Noten den Abteilungschefs des Reichswehrministeriums mitgeteilt, die gemeinsam dem Reichswehrminister Vortrag darüber halten sollten. Aus irgendwelchen Gründen wurde der Vortrag vertagt und inzwischen erfolgte die Veröffentlichung.

Daß die Behandlung vertagt werden sollte, ist verständlich, aber daß die Existenz der Noten auch den Leitern der Ministerien verborgen blieb, ist vollkommen unverständlich, denn damit ist jede Möglichkeit der politischen Scharbeitung vereitelt worden. Ob es nicht nach allem, was in und seit Varnum geschehen ist, möglich gewesen wäre, die Noten einfach zurückzugeben, ist eine Frage, die man sich unmittelbar nach Empfang der Noten wenigstens hätte vorlegen können. Heute sind selbst der diplomatischen Arbeit viele Möglichkeiten genommen worden. Die Schuld daran trifft freilich in viel höherem Maße die, welche die Veröffentlichung veranlaßt haben. Die Ver-

riedenskommission, die eine Sonderstelle des Reichswehrministeriums ist, hat früher gelegentlich mit Sonderinformationen für die Reichspresse gearbeitet und in politischer Abwägung der Sache, der sie näher wollte, geschadet. Der Verdacht, daß auch jetzt wieder hier die Quelle der Indistretionen zu finden ist, ist aufgetaucht. Dagegen spricht freilich, daß der Kreis der amtlich unterrichteten Persönlichkeiten ganz eng begrenzt ist und daß die verantwortlichen Persönlichkeiten sich mit einer solchen Aktion in able Gesehr begeben würden, die sie den bunten Krügen kosten kann. Nicht ausgeschlossen ist eine „Kameradenindistretion“, d. h. also, daß einer der Unter-richteten im vermeintlich vertrauten Kreise die Kunde nicht genauert hätte und daß dadurch die Kunde weiter gedrungen wäre. Ausgeschlossen ist freilich auch nicht, daß die Kontrollkommission selbst die Indistretion beordert hätte. Daß sie sich dafür Reichsblätter aus-sucht, spreche nur für ihre Geschäftlichkeit, denn darüber muß man sich klar sein: Diese Noten haben mit wirklichen Entwaffnungsbedingungen nichts zu tun, sondern stellen eine politische Aktion der Generale um den Marshall Foch dar. Der Brand ist mit innerpolitischen Dingen beschäftigt, in England hat der Bernstorff-Zwischenfall nicht ganz verständliche Reaktionen her-gerufen. Möglich also, daß die Generalkommission von Verlaßes glaubt, jetzt die letzte ihr möglich bleibende Gelegenheit ergreifen zu müssen, um diese große Offensive gegen Varnum zu beginnen. Das wäre dann freilich Wasser auf die Mühle der unentwegten Rechtsopposition. Es klingt in diesem Zusammenhang merkwürdig, wenn die „Deutsche Zeitung“ triumphierend eine Reihe von Fällen aufzählt, in dem sie gekommen der Kontrollkommission vorher habe antändigen können. Mit Verlaß, vorherige Kenntnis solcher Aktionen hat man nur im allgemeinen, wenn man Agentenmeldungen ausnützen kann. Und es beweist, noch einmal sei das gesagt, nur das Geschäft der Kontrollkommission, die ja mit solchen Dingen Befehd weiß und Agenten genug unterhält, wenn sie solche Agenten gerade zu diesen Zeitungen schickt.

Die Noten selbst befassen sich mit der Stellung des Generals v. Seeldt, mit den Ausbildungsvorschriften der Reichswehr, mit dem Gebrauch gepanzerter Kraftwagen und unversenklichen Dingen. Das Wichtigste ist der ganz persönliche Angriff gegen Seeldt. Seeldts Stellung ist ja bereits auf Verlangen der Kontrollkommission geändert worden damals beanstandete sie, daß er „tatsächlicher Oberbefehlshaber“ der Reichswehr sei. Seine Befugnisse wurden geändert. Jetzt aber verlangt man, daß die Reichswehr doch einen Oberbefehlshaber erhalte, und zwar soll einer der beiden Gruppenkommandeure dieser Oberbefehlshaber sein. Der Zweck ist klar und beweist nur, daß die ganze Aktion eine politische ist, denn Seeldt ist ja der von Foch-Kommission gefürchtete Mann, den man auf diese Weise hinauszuwerfen hofft.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

von Dr. A. Hofrichter.

Das Berliner Wochenbulletin vom Arbeitsmarkt befragt: „Die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen in Berlin steigt.“ Von Woche zu Woche, während die Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche jetzt eine schwache Tendenz nach unten zeigt, — wenn auch eine viel zu schwache für diese Jahreszeit mit ihren Saisongeweben. Am Beginn dieses Jahres betrug der Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger im Reiche 7% vom Hundert, am 3. Juli 11% vom Hundert. Dabei beträgt der Berliner Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung des Reiches 6,4 vom Hundert. Berlin hat also eine Arbeitslosigkeit, die weit die statistisch erfassten Durchschnittszahlen des Reiches hinter sich läßt. Und außerdem schaltet die Statistik Notstandsarbeiter und Personen aus, die von Wohlfahrts-einrichtungen unterstützt werden.

Eine andere Feststellung: die Zahl der Unter-stützungsempfänger hat sich in Berlin vom 4. Juli 1925 bis zum 3. Juli 1926 verdiebenacht.

Ein Blick in ein Einzelgewerbe: Das Baugewerbe ist eine Schlüsselindustrie. Es ist eine Industrie, deren Würde dem ganzen Wirtschaftsleben einen starken Antrieb gibt, die sich in allen Branchen auswirkt. Sind gute Wohnungen vorhanden, ist der Wohnungsumsatz leicht. Der Expeditur und der Tischler, der Architekt und der Tapezierer verdienen, wenn gebaut wird und die Wohnung nach individuellen Wünschen ausgestattet und eingerichtet werden kann. Am 4. Juli 1925 wurden in sämtlichen Berufsgruppen des Baugewerbes 2060 Arbeiter beschäftigt; am 3. Juli 1926 hat ihre Zahl 13 542 betragen. Was sich im all-gemeinen sagen läßt, zeigt sich auch im Berliner Baugewerbe. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich verdiebenacht.

Die Wochenberichte über die Arbeitsmarktlage, die das Landesarbeitsamt Berlin veröffentlicht, variieren nur in einem Punkte. In den Wochentiteln, mit denen man das Maß der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen ausdrückt, Metallindustrie: „Ein weiterer Rückgang der Vermittlungs-tätigkeit.“ Spinnstoffgewerbe: „Unmäßige Entwidlung.“ In der Zellstoff- und Papierindustrie: „Keine Besserung der Lage.“ Und so weiter in Unendliche. Nur es schon ein Rück-blick, wenn bessere Beschäftigung für Fortopp- und Adler-stickerinnen verzeichnet wird, wenn mitgeteilt wird, daß sich die Nachfrage nach Mützen- und Schürzenmacherinnen etwas belebt hat, wenn hervorgehoben wird, daß sich „einigen Kar-tonnagenarbeiterinnen vorübergehende Beschäftigung bot“.

Auf keinem Stande lastet die Erwerbslosigkeit bitterer, als auf dem der geistigen Arbeiter. Das Verhältnis der Arbeitslosen zur Zahl der offenen Stellen ist bei kauf-männischen Angestellten und Technikern abnorm hoch. Der Mann von fünfzig Jahren, ja schon der Mann von vierzig Jahren hat schwer um seine primitive Existenz zu kämpfen, wenn er einmal seine Stellung verloren hat.

Die Höhe der Arbeitslosigkeit in Berlin stellt dem Magistrat außerordentliche Aufgaben. Auf der ganzen Linie erschallt der Ruf, daß zu wenig produktive Notstands-arbeiten ausgeschrieben sind. Berlin hat über 190 000 Arbeitslose; etwa 4000 Arbeitslose sind bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Das ist ein Mißverhältnis. Was tut der Berliner Ma-gistrat? Er hat an die Deputationen für Hochbau, Tiefbau, für das Verkehrsweesen, für Elektrizität, Gas- und Wasser-werke, für Leibesübungen, für Park- und Friedhofverwaltung Schreiben gerichtet, in denen alle diese Verwaltungskörper auf-gefordert werden, diejenigen Projekte zur Durchführung als Not-standsarbeit einzureichen, die bei einem verhältnismäßig niedri-gen Materialaufwand Gelegenheit zu reichlicher Arbeitsbeschaf-fung bieten. In ungefähr vier Wochen wird der Magistrat die Vorschläge sichten und ihre Finanzierung erwägen.

Die Erwerbslosigkeit verlangt, daß die Schwierigkeiten, die sich bei Notstandsarbeiten ergeben, nicht vergessen werden: Der Staat unterstützt jene Vorschläge, die normalerweise, aus laufenden Staatsmitteln der Gemeinden durchgeführt werden müssen. Auch sonst ist er währerlich, sicher oft aus gutem Grunde, wobei gelegentlich eine Heberreibung vorkommen mag. Sind wir recht unterrichtet, so soll auf dem Gebiete des Hochbaues nur der Wohnbau haattig unterstützt werden. Da und dort wird auch eine Schule nötig sein, auch manches Krankenhaus bedarf der Erweiterung und der Neuorganisa-tion. Aber schon taucht der leitende Grundgedanke wieder auf, daß eine solche Hochbautätigkeit im Rahmen der Normalaus-gaben einer Gemeinde liege. Da stellt sich ein anderes großes Problem ein: Der Kampf der öffentlichen Körperchaften, be-sonders des Reiches, des Staates und der Gemeinden, um den Anteil an steuerlichen Aufkommen. Den Gemeinden ist die finanzielle Selbstständigkeit weithin beschnitten. Auf der ande-ren Seite wird niemand dafür plädieren, daß, in einem unge-regelten Verfahren, über den Weg der Notstandsarbeiten die Gemeinden eine finanzielle Entlastung suchen. Eng bei ein-ander wohnen hier die Gegensätze und hinter dem Problem der Arbeitslosenfürsorge, hinter der Frage der Notstands-arbeiten, taucht das andere Problem des neuen Finanzaus-gleiches, die Suche nach dem finanziellen Gleichgewichte zwischen Reich, Ländern und Gemeinden auf.

Notstandsarbeiter werden nach den geltenden Bestimmung-ge höchstens für drei Monate eingestellt. Für die Zureifung von Notstandsarbeit fordert man Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit. Die knappe Befristung der Notstandsarbeit spornet den Arbeiter nicht dazu an, das Beste aus sich herauszu-holen. Auch werden gekerkte Facharbeiter nach ihrem Tarif-lohne bezahlt, was wieder den Anreiz nicht nährt, aus der Not-

Arbeitslosen-Krawalle in Berlin N.

Zusammenstöße in der Gormannstraße.

Zahlreiche Verletzte.

Zu schweren Ausschreitungen kam es heute vormittag auf dem städtischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße. Arbeitsuchende waren über die langweilige Abfertigung, die ihnen in den Büreaus zuteil wurde, mit einigen Beamten in Streitigkeiten geraten und schließlich zum Grundstüd verwiesen worden. Hier-gegen nahmen die anwesenden Erwerbslosen Stellung und begaben sich in geschlossenen Zug auf den Hof des Arbeitsnachweises, wo einige radikale Führer Reden hielten. Als eine herbeigerufene Polizeistreife unter Führung eines Polizeihauptmanns den Hof räumen wollte, kam es zu außerordentlich erregten Szenen. Die Polizisten wurden von der wütenden Menge beschimpft und angegriffen, junge Burischen gingen mit den Fäusten auf die Beamten los, und die Menschenmenge wuchs immer mehr. Die Schutzpolizisten bewachten eine ruhige Haltung, bis ihr Hauptmann zu Boden geschlagen und durch Fußtritte

ins Gesicht schwer verletzt wurde. Ein dichter Menschenhaufen umgab die Beamten, die schließlich mit Gummistüteln vorgehen mußten. Erst jetzt gelang es den Polizisten, sich frei zu machen und die Menschenmenge auseinanderzutreiben. Zuletzt besetzte die Polizei die Eingänge zum Arbeitsnachweis, um weitere Ausschrei-tungen zu verhindern.

Die Menschenmenge gab keine Ruhe. Immer neue Kräfte gegen die Beamten erdörten. Immer gereizter wurde die Stimmung der Arbeitslosen, die in der prallen Sonne auf der Straße standen. Sechs Personen wurden ohnmächtig. Zur Mittagsstunde nahmen die Ausschreitungen einen be-drohlichen Charakter an. Die Gormannstraße und die angrenzenden Nebenstraßen waren von einer dichten Menschenmenge besetzt. Die Polizei mußte wiederholt von dem Gummistützel Gebrauch machen, um sich vor den Belästigungen und Angriffen der Menge zu schützen. Es gab mehrere Verletzte, die von den Arbeiteranitätskolonnen nach der Rettungsstelle in der Rothringler Straße gebracht wurden. Bei Schluß der Rebatation war die Ruhe noch nicht hergestellt. Die Polizei hat aber große Vor-sichtsmassnahmen getroffen und glaubt bald Herr der Ruheföderung zu werden. Eine ganze Anzahl von Personen sind verhaftet worden.

Der sozialdemokratische Vorstoß in Wien.

Agitatorische Beweggründe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 13. Juli.

Der Ueberfall, den gestern die sozialdemokratische Opposition im Nationalrat auf die Regierung unternommen hat, kam ziemlich überraschend. Es hat zwar einige Tage vorher schon an harten Worten nicht gefehlt, weil die Regierung bei der Sanierung der Zentralbank deutscher Sparaffären, die auch die Sozialdemokraten für notwendig erklärten, zu heimlich und über-eilt vorgegangen sein soll. Aber inzwischen sahien die Opposition sich berührt zu haben. Die Opposition hatte dann an dem Zu-standekommen des vorläufigen Gesetzes, das gestern verabschiedet wurde, mitgewirkt, und der Finanzminister hatte ihr sogar für ihre sachliche Verhalten gedankt. Das gefirne Verhalten der Opposition aber war weit entfernt von Sachlichkeit. Sie schien der Meinung zu sein, daß der Sachlichkeit zunächst

Gedänge getan sei und man nun an die parteipolitische Ausschlichtung des Falles gehen müsse. Der Antrag auf Anklageerhebung gegen die Regierung, der bereits gemeldet wurde, ist eine bloße Demonstration, da er abgelehnt werden wird. Das aber scheint man gerade zu wollen, um damit in der Agitation arbeiten zu können. So hätte man der Regierung nachher noch manches zu hören geben können, denn sie scheint in der Angst vor der Panik der Spar-affärenleiger zeitweise selber der Panik verfallen zu sein. Sonst hätte sie auch die Opposition sofort ausgiebiger eingeweiht, als es geschehen ist und nicht so große Summen (50 Millionen Schilling) ohne Kontrolle der Verwendung bewilligt. Aber was sich die Opposition gestern geleistet hat, geht über das Maß zulässiger Kritik weit hinaus. Statt von Sachlichkeit und Ungefährlichkeit zu reden, was man allenfalls verstanden hätte, warfen die Sozialdemokraten dem Finanzminister persönlich vor, daß er ein Dieb sei, und zwar beilegenlich sich auch ihre hervor-ragenden Führer daran, ohne daß der Opposition seit der letzten Sitzung keine Argumente eingefallen wären. Das Ganze machte den Eindruck eines Theatercoups, berechnet auf Wählerfang.